

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.— M. monat 10.— M.
fest ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M. einjähr. 100.—
M. halbjährlich 50.— M. Einzahlungs-
beleg. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 30.— M. für
das übrige Ausland 2.— M. Post-
belegungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97

Freitag, den 15. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilige Komposition
kostet 3,50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
wählig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Stellenangelegenheiten das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen 1/2 Abonnement Preis 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsentlohn.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Eiden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
um 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Severing über den Putsch.

Im Preussischen Landtag wurden heute zuerst einige kleine An-
fragen beantwortet und der Staatsvertrag über den Übergang der
Batterstrassen an das Reich dem Hauptausschuß überwiesen. Bei
der Fortsetzung der Debatte über den Aufstand in Mittel-
deutschland ergreift sodann Minister des Innern Severing das
Wort. (Der Minister wird von den Deutschnationalen und den
Kommunisten mit großem Lärm, Pfuirufen und beleidigenden Zu-
rufen empfangen. Präsident Reinert ersucht, sich in den Grenzen
des Anstandes zu halten.)

Minister des Innern Severing:

Ich weiß dem Präsidenten Dank, daß er die Aussprache über
den Zustand nicht während seiner Niederkämpfung hat stattfinden
lassen. Das bekannte Wort „wenn gute Reden sie begleiten, dann
läßt die Arbeit munter fort“ gilt nicht bei der Niederwerfung von
Aufständen. Da muß gehandelt werden. (Zurufe rechts.) Ich
dabe gar nichts gegen eine Aussprache, aber unsere Arbeit mußte
schnell und gründlich erledigt werden. Herr Graf hat in
seiner Anklage vergessen anzugeben, welche rechtsstehenden
Zeitungen gerade diesen Zustand vorher angekündigt haben. Er
hat sich die bequeme Methode der Papierkühnheit jagd zu
eigen gemacht. Die Berichte der „Deutschen Tageszeitung“ und der
„Deutschen Zeitung“ waren der Regierung wohl bekannt. Aber
wenn die Regierung auf alle Spitzberichte hereinfallen wollte, so
würde sie bald erledigt, denn nichts tötet mehr als Pöcher-
schmeichelei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der betreffende
Bericht ist in der „Deutschen Tageszeitung“ sehr verkürzt er-
schienen. Wäre er vollständig abgedruckt, so hätten die Redakteure
ihre Blomage selbst einsehen müssen. Es handelt sich um
ein Nachwerk von Spießein, die ein Gewerbe daraus machen, solche
Berichte zu veröffentlichen. Es bestehen

auch in rechtsgerichteten Kreisen Umsturzpläne.

Die kommunistische Presse ist von ihrer Partei aufgefordert, sie zu
verbreiten und auf ihre Gefahr nicht hinzuweisen, um damit für den
Umsturz den Boden zu bereiten. Es kommt aber bei solchen Plänen
alles auf die Ausführung an.

Die kommunistischen Umsturzpläne setzen zu ihrer Ausführung
vor allem das Eingreifen der Reichswehr voraus. Ich
bin durchaus überzeugt von der Größe der kommunistischen Gefahr
und bin gewillt, ihr entschieden entgegenzutreten. (Hört, hört bei
den Kommunisten, Bravo in der Mitte.) Aber ich sehe keine
wichtigen Mäuse (nach rechts) wie Sie. (Große Heiterkeit, sehr
laut bei den Sozialdemokraten.) Für die Mitarbeit der
Presse bin ich sehr dankbar, aber ich kann nicht kritiklos auf
alles hereinfallen, was in der „Deutschen Tageszeitung“ und der
„Deutschen Zeitung“ steht, ebensowenig wie auf die Berichte der
„Roten Fahne“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Wäre ich auf
den Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ hereingefallen, die über
einen großen Rechtsputsch zu berichten wußte, so hätten wir damals
in Berlin einen sehr unruhigen Sonntag erlebt. Die Berichte waren
wochenlang vorher geprüft und

als Spießeberichte erkannt

worden. (Zurufe rechts.) Glauben Sie, daß Ihre Vorbereitungen
nicht ebenso gefährlich für den Bestand des Deutschen Reiches sind?
(Großer Lärm rechts.)

Herr Graf hat den Schaden des kommunistischen Putsches nach-
gerechnet. Von dem Schaden, den der Kapp-Putsch verursacht
hat, sprach er nicht. Ich bin von Jugend auf ein Gegner der kon-
servativen Politik, hatte aber immer einen gewissen Respekt vor der

aristokratischen Lebensauffassung der preussischen Granden. Wenn
aber die Deutschnationale Volkspartei auf den Grafen gekommen ist, so
ist das eine geistliche Bankrotterklärung. Sie gehen
in einem Moment (Große Unruhe rechts. Zurufe: Sie hegen!), wo
angesichts der äußeren Lage eine Stärkung der Regierungsgewalt
notwendiger wäre denn je. Die Rede des Herrn Graf war nichts als
eine Zusammenstellung von Zeitungslügen. Ich bin
nicht verpflichtet, die linke Baute hinzuhalten, wenn man mir auf die
andere schlagen will.

Was nun die Vorbedingung des Aufstandes anbetrifft, so
hat im Bezirk Halle-Merseburg in den letzten fünf Jahren eine fast
amerikanische Entwicklung eingeleitet. Alle Arbeiter aus
ganz Deutschland wurden eingestellt, die aus irgendwelchen Gründen
anderswo kein Fortkommen finden konnten und natürlich nicht so
schnell bodenständig wurden. (Zurufe rechts: Da braucht man eine
gute Verwaltung!) Wenn Sie damit sagen wollen, daß die Ver-
waltung von 1913—1918 schlecht war, so habe ich nichts dazu zu be-
merken.

Der Redner spricht bei Schluß des Blattes weiter.

Der Kellereauschuß des Preussischen Landtages beschloß,
nicht, wie zuerst beabsichtigt war, eine Vertagung vorzuneh-
men. Vielmehr wird die Beratung über die Unruhen in
Mitteldeutschland auch in der Sonnabend- und Montags-
sitzung des Haus noch beschäftigen. Eine Vertagung dürfte erst in
Frage kommen, wenn das Problem der Regierungsbildung seine
Lösung gefunden hat.

Stegerwald will bleiben!

WIB. meldet: Ministerpräsident Stegerwald machte heute
den bisherigen Koalitionspartnern die Mitteilung, daß er zweierlei
nicht tue. Er bilde kein Kabinett, das als eine Fortsetzung der
alten Koalition angesehen werden könne, weil dafür neben den
gestern veröffentlichten Gründen noch bald zweimonatlichen Ver-
handlungen der Parteien die Möglichkeit vorhanden sei; weiterhin
trete er aus außen- und innenpolitischen Gründen
nichtergebnislos zurück. In positiver Hinsicht schlug Steger-
wald vor: Es wird ein Ministerium gebildet aus drei politischen
Persönlichkeiten: Stegerwald, Severing und Fischel.
Daneben sollen die drei bisherigen Koalitionspartnern je einen parla-
mentarischen Staatssekretär stellen, damit zur Erörterung rein poli-
tischer Fragen im Kabinett eine ausreichende Zahl politisch orien-
tierter und erfahrener Männer vorhanden ist. Die übrigen vier
Ministerien sollen mit Beamten versehen werden, die sich verpflichten,
die Reichsverfassung und die preussische Verfassung in Stunden
der Gefahr mit allen staatlichen Mitteln nach allen Seiten hin
zu verteidigen. Führt auch dieser Vorschlag nicht zum Ziel, dann ist
Stegerwald entschlossen, bis nach Erledigung der Sanktionsfrage ein
Geschäfts- und Ubergangsministerium zu bilden,
in dieses in Gewinnung und Leistung erprobte Männer zu berufen
und bei der Vertrauensfrage dem Landtag die Verantwortung zu
überlassen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat mittlerweile
den Vorschlag Stegerwalds einmütig zurückgewiesen. Es bleibt
danach nur das „Geschäfts- und Ubergangsministerium“
übrig, auf dessen Zusammensetzung man gespannt sein darf...

dessen Zukunft völlig im dunkeln liegt? Von einer Verwirklichung
des französischen Vorschlags kann natürlich keine Rede sein. „Petit
Parisien“ schlägt sich ja selbst die Waffen aus der Hand, indem er
auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinweist.

Frankreich rüstet.

Paris, 15. April. (WIB.) „Echo de Paris“ teilt mit:
heute findet im Elysee eine außerordentliche Sitzung
unter Vorsitz des Präsidenten Millerand statt. Daran würden
hauptsächlich teilnehmen: Briand, Barthou, Loucheur,
Doumer, Juch und General Wengand. Die Pläne der Ein-
kreisung des Ruhrgebietes und vielleicht auch der
Blockade von Hamburg und der alliierte Bestand, auf den
man eventuell rechnen könnte, würden geprüft, sowie alle wirtschaft-
lichen Zwangsmaßnahmen, um zu Zahlungen zu gelangen. Außer-
dem sei für Anfang Mai eine interalliierte Kon-
ferenz in Paris geplant. Man hoffe, daß Lloyd George daran
teilnehmen werde.

„Echo de Paris“ hatte gestern vormittag gemeldet, im Falle der
Befehung des Ruhrgebietes sei die Einberufung von zwei
Jahresklassen vorgesehen. „Liberte“ dagegen erklärt, daß noch
keine Entscheidung über diesen Gegenstand getroffen sei. Die fran-
zösische Regierung verhandelt mit den Alliierten und mit den
militärischen Sachverständigen. Jede Entscheidung hänge von den
Freignissen ab, die vor oder nach dem 1. Mai eintreten könnten. Das
Kommunistenblatt „L'Internationale“ teilt jedoch mit, es wisse aus
erster Quelle, daß die angekündigte Mobilisierung nicht nur vor-
bereitet werde, sondern schon zum Teil in der Ausfüh-
rung sei. Den Offizieren der zwei von der Mobilisierung betrof-
fenen Jahresklassen sei die Aufforderung zugegangen, sich für den
ersten Ruf bereitzustellen.

Wo stehen wir?

Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten
wird in den nächsten Tagen zusammentreten. Am gestrigen
Abend hat sein Vorsitzender Dr. Stresemann bereits mit
Dr. Simons Fühlung genommen und es verlautet, daß der
Ausschuß für den kommenden Montag einberufen wird.

Es ist dringend erforderlich, daß dieses Mal der Aus-
wärtige Ausschuss als zuständiges Organ der Volkvertretung
frühzeitiger und vor allem vollständiger als vor der Londoner
Konferenz über die tatsächliche Situation und über die Ab-
sichten der Reichsregierung unterrichtet wird. Wo stehen wir
und was hat die Regierung bereits getan bzw. was beab-
sichtigt sie zu tun?

In einer parlamentarischen Republik hat das Volk An-
spruch darauf, über diese Kardinalfragen unterrichtet zu sein,
und nur soweit Reichsinteressen tatsächlich durch vorzeitige
Beröffentlichungen gefährdet werden könnten, darf sich die
Reichsregierung darauf beschränken, dem Ausschuss vertrau-
liche Mitteilungen zu machen. Bei aller Anerkennung des
guten und ehrlichen Willens unseres gegenwärtigen Außen-
ministers können wir uns nicht gewisse Schattenseiten seines
bisherigen Wirkens verhehlen und die wiederholten Unglücks-
fälle vergessen, die ihm in seiner bisherigen Regierungszeit
widerfahren sind.

Die Regie des Auswärtigen Amtes, namentlich was
die Presseabteilung betrifft, klappt jämmerlich: das jüngste
Beispiel war jene bestimmte offiziöse Versicherung, daß das
bekannte „Matin“-Interview dem Minister in seiner end-
gültigen Fassung nicht vorgelesen habe, während der Bericht-
erstatter Sauerwein womöglich noch bestimmter genau das
Gegenteil behauptet. Auf diese Erklärung Sauerweins hat
das Auswärtige Amt, offenbar aus guten Gründen, nicht
mehr reagiert.

Ueber diesen Zwischenfall hinaus aber, der übrigens nicht
der erste ist, der sich nach einem Interview des Dr. Simons
mit einem ausländischen Berichterstatter ereignet, ist es ge-
radezu ein Skandal, wie die Deffinitivität von den wichtig-
sten Dingen erfährt: wir tabellen gestern die Tatsache, daß
man zum erstenmal von bereits neu angeknüpften Verhand-
lungen mit der Entente über die bayerische Entwaffnung aus-
gerechnet durch eine Bemerkung des Führers der separatisti-
schen Bayerischen Volkspartei, Held, im Hauptausschuß des
Münchener Landtages Kenntnis bekommt. Inzwischen hört
man durch die „Germania“, offenbar weil dieses Zentrums-
blatt die nächsten Beziehungen zum Reichskanzler unterhält,
daß sich das Kabinett gegenwärtig mit dem Vermitt-
lungsvorschlag einer neutralen Nacht befaßt.
Wenn das so weitergeht, werden wir eines Tages den Inhalt
der neuen deutschen Gegenvorschläge durch irgendein deutsch-
hannoveranisches Winkelblättchen erfahren, während die
Parteilührer oder Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses
noch im Dunkel gehalten werden. Daß die Regierung jetzt
nachträglich durch WIB die Mitteilungen der „Germania“
als bloße „Kombination“ bezeichnet und sich hierbei auf die
„strenge Geheimhaltung“ der Kabinettsberatungen beruft,
wird nach den bisherigen Erfahrungen nicht einmal diejenigen
überzeugen, die in dieser Formel ein Dementi zu erblicken
vermögen.

Jedenfalls steht das Parlament, in erster Linie der Aus-
wärtige Ausschuss, bei seinem bevorstehenden Zusammentritt
vor einer umfangreichen und äußerst wichtigen Aufgabe: die
Klärung der Situation. Es hat sich seit dem
Auseinandergehen des Reichstages auf dem Gebiete der aus-
wärtigen Politik allerhand Wesentliches ereignet. Ange-
fangen mit den Beschlüssen der Amsterdamer
Konferenzen. Wir sind dabei nicht so engherzig, das
Programm einer der zwei anderen internationalen Organisa-
tionen zugunsten des von der Zweiten Internationale be-
schlossenen Entwurfes zu ignorieren. Und wir wiederholen
jene Frage, die wir im „Vorwärts“ vom 9. April, ehe die
unabhängige Interpellation überhaupt bekanntgegeben
wurde, an Dr. Simons richteten: Wie stellen Sie sich zu
den Amsterdamer Beschlüssen der internationalen Arbeiter-
schaft? Bekennen Sie sich grundsätzlich zu diesen? Sind Sie
bereit, diese Beschlüsse zur Grundlage Ihrer künftigen Vor-
schläge zu machen?

Auch andere wesentliche Fragen stehen auf der Tagesord-
nung. Die Hardingsche Botschaft an den amerika-
nischen Kongress stellt die Regierung vor einen ganzen
Fragekomplex, mit dem sie sich bereits befassen sollte, ehe
noch der Antrag Anoy auf Erklärung des Friedenszustandes
mit den Zentralmächten zum Gesetz wird. Auch über den dies-
bezüglichen Standpunkt der Reichsregierung muß die Volks-
vertretung unterrichtet werden.

Und vor allem: es muß endlich festgestellt werden, ob
alle Regierungsparteien über den Kurs der auswärtigen
Politik in diesen verschiedenen Existenzfragen des deutschen
Volkes einheitlich denken. Besitzt Dr. Simons das ein-
hellige und rückhaltlose Vertrauen der Deutschen
Volkspartei, wenn er jenen Weg des ehrlichen Ver-

Frankreich und Oberschlesien.

Paris, 15. April. (WIB.) Wie der „Petit Parisien“ mitteilt,
wird die oberschlesische Frage zweifellos demnächst vor die
Ratschaltungskonferenz gelangen. Es sei aber wahrscheinlich,
daß die Lösung des Problems der Entscheidung des Obersten
Rates anheimgestellt werde. Das Blatt erinnert daran, daß wäh-
rend der Verhandlungen der Friedenskonferenz zuerst vorgeschlagen
wurde, die Volksabstimmung erst nach dreijähriger Ver-
waltung Oberschlesiens durch die Interalliierte Kommission statt-
finden zu lassen. Man habe sich dahin geeinigt, daß die Abstimmung
nach 18 Monaten erfolgen müsse. Es sei aber beschlossen worden,
alle wünschenswerten Maßnahmen zu treffen, um die oberschlesische
Bevölkerung vom deutschen Druck (!) zu befreien, namentlich habe
man die Industriemagnaten, die Großgrundbesitzer und die Lehrer
entfernen wollen, die antidäuische Propaganda treiben. Der Zweck
dieser Behauptungen des „Petit Parisien“ ergibt sich aus dem Zu-
sammenhang. Ich will nicht sagen, daß trotz der größten Aufmerksamkeit
Einschüchterungsversuche (!) stattgefunden hätten. Die Schiedsrichter
von 1921 würden sich also der Entscheidungen erinnern,
die 1918 getroffen worden seien.

Die Behauptungen von dem deutschen Druck und den deutschen
Einschüchterungsversuchen sind so lächerlich, daß es sich nicht ver-
lohnt, darauf einzugehen. Sie stellen die Wahrheit auf den Kopf.
Nicht ohne Bedeutung ist dagegen die versteckte Aufforderung, die
Entscheidung über Oberschlesien auf Jahre hin-
aus zu verschieben. Sollte sich Frankreich davon überzeugen
haben, daß die deutsche Mehrheit in Oberschlesien auch durch die ge-
magtesten Nechenschaftsflüche nicht in eine Minderheit umgelenkt
werden kann, und daß es eine weltwirtschaftliche Torheit ersten
Ranges wäre, eine hochentwickeltes Industriegebiet einem Staat an-
zuvertrauen, der wirtschaftlich noch in den Kinderschuhen steht und

ständig- und Reparationswillens beschreitet, den auch wir billigen und fordern. Werden ihn jene Prestige- und sonstigen Erwägungen, die im Lager der Katastrophepolitiker auf der Rechten in den Vordergrund gestellt werden, nicht wieder einmal behindern? In anderen Worten: wie steht es vierzehn Tage vor dem 1. Mai mit dem Konflikt Simons-Stinnes?

Die Bakunisten gegen Levi.

Was zu erwarten war, ist eingetreten. Dieselben Leute in der Zentrale der KPD., die Paul Levi als genauer Kenner zu den „politischen Rindstöpfen“ rechnet, die in die Kaitwasserheilanstalt gehörten, gehen jetzt aufs Ganze. Sie kündigen in der „Roten Fahne“ an, daß sie baldmöglichst den bisherigen Führer der KPD. aus der Partei entfernen werden. In einer langen, fettgedruckten Erklärung an der Spitze des Blattes behauptet die Zentrale, Levi verkenne lediglich Argumente der — „Freiheit“ gegen die KPD. und wirke nur insofern als Sensation, als er in seiner persönlichen Eigenschaft als ehemaliger Vorsitzender der KPD. „ein gesundes Fressen für die gegen-revolutionäre Presse und Staatsanwälte der Ausnahmegerichte“ darstelle. Seine Beweismittel seien, soweit es sich um sogenannte Parteialternative handle, auf Zuträgerinnen engeren Gesinnungsreunde gestützt, die unter größlichem Vertrauensbruch Paul Levi falsch informiert hätten.

Ein Teil des Materials stamme direkt von solchen Parteimitgliedern, die von der Zentrale vor oder während der Aktion wegen ihrer putschistischen Tätigkeit ihres Postens enthoben wurden:

Weiter benutzt er aus einem Stenogramm über die vorletzte Zentralsitzung Zitate, die falsch und irreführend sind. Levi wurden diese stenographischen Aufnahmen hinterbracht, ehe sie von der Zentrale auf ihre Richtigkeit hin kontrolliert (!!!) werden konnten.

Die Zentrale kündigt an, daß sie in kürzester Frist eine „gründliche Widerlegung“ der Behauptungen Levis bringen werde.

Dan kommt ein „vernichtender“ Vorwurf gegen den bisherigen Parteivorsitzenden. Die Zentrale sagt, daß in den Januartagen 1919 die Kommunisten eine vernichtende Niederlage erlitten hätten. Die Kampfschlagen der Januaraktion seien tatsächlich zu weit gegangen. Luxemburg und Liebknecht hätten jedoch nicht die kämpfenden angeflagt, sondern mit geklopft und seien dabei gefallen:

„Paul Levi aber wollte fern von Madrid und kommt hinterher, um sich mit Hilferding zu solidarifizieren... Die Zentrale hat zu den kommunistischen Mitgliedern das feste Vertrauen, daß sie sehr rasch herausfinden werden, wo die „Schandbuben“ sitzen, die es zu entfernen gilt.“

Auf alle diese Beschimpfungen war Levi, der seine Pappenheimer kennt, von vornherein gefaßt und hat sie in seiner Broschüre schon angekündigt. Wenn er trotz dieser indirekten Aufforderung, ihn zu beseitigen, seine Anklageschrift erscheinen ließ, so ist das nur ein Beweis dafür, wie tief die persönliche und sachliche Zerfahrenheit in der KPD. bereits gediehen ist. In einem nichtoffiziellen Leitartikel der „Roten Fahne“ bestreitet Ernst Meyer (E. M.) die Behauptungen Levis, daß die Märzaktion direkt oder indirekt durch die Moskauer Exekutive angeregt worden sei. Dafür bestätigt man Levi, daß er die Not und Verzweiflung der Arbeiter nur theoretisch kenne, ein Schicksal, das wahrscheinlich sehr viele der kommunistischen Führer mit Levi teilen werden.

Hatte Levi in seiner Broschüre der Zentrale zum Vorwurf gemacht, daß sie erst durch unerantwortliche Aufrufe „zu den Waffen“ die mitteldeutschen Arbeiter in Not und Tod getrieben, dann aber von ihnen abgerückt sei und erklärt habe, daß die Mitteldeutschen über die Zentralparole hinausgegangen seien, so liefert E. M. dafür noch nachträglich ein neues Beweismittel, indem er versichert, daß „die Arbeiter in berechtigter Erregung in der Abwehr der Höringschen Aktion noch über die Zentralparole hinausgegangen sind.“

Flugschau.

Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Die Luftschiffe werden mit Wasserstoffgas gefüllt. Dieses ist bekanntlich brennbar, und wenn es sich mit dem Sauerstoff der Luft mischt, auch explosibel. Da das Luftschiff von Benzinmotoren angetrieben wird, die nur wenige Meter von den Gasfässen (Ballonetts) arbeiten, ist die Feuergefahr immerhin nicht gering. So sind durch Bergeserbrände an den Rotoren schon ganze Luftschiffe in Flammen aufgegangen. Auch sind durch elektrische Funkenbildung infolge Aneinanderreibens der Gasfäße schon Luftschiffe verbrannt. Nun gibt es ein Gas — Helium —, das unverbrennbar ist und deshalb für die Luftschiffahrt bedeutungsvoll werden kann. Zunächst ist seine Herstellung noch sehr kostspielig und schwierig. Amerika ist insofern günstiger daran, als ihm Erdquellen zur Verfügung stehen, denen Naturgase entströmen. In Fort Worth (Texas) ist eine große Anlage für Heliumgewinnung von der amerikanischen Regierung mit einem Kostenaufwand von 5 Millionen Dollar in Betrieb genommen worden. Die der Erde entquellenden Gase werden destilliert und geben 1 Proz. Helium, das in Stahlfässern gefüllt wird. Luftschiffe sind bis jetzt noch nicht mit Helium gefüllt worden, wohl aber Ballons.

Vor einiger Zeit ist das englische Luftschiff R 34 beim Landen im Nebel so stark beschädigt worden, daß eine Wiederherstellung nicht mehr in Frage kommt. R 34 ist ein historisches Schiff. Es ist das erste Luftschiff, das den Ozean von England nach Amerika und zurück überflogen hat. R 34 war in Anlehnung an unser Zeppelin-Luftschiff L 33 gebaut. Es war 190 Meter lang, hatte einen Durchmesser von 24 Meter und wurde von fünf 250-PS.-Hubbeam-Motoren angetrieben, die ihm eine Geschwindigkeit von etwa 100 Kilometer in der Stunde gaben. Die Fahrt von England nach Amerika dauerte 108 Stunden und 12 Minuten (also ungefähr 5 Tage und 5 Nächte). Die Rückfahrt ging schneller von statten. Sie erforderte 75 Stunden und 3 Minuten. Das Bordbuch dieser wenig denkwürdigen Fahrt ist jetzt im Buchhandel erschienen. Es wird darin hervorgehoben, von welcher außerordentlichen Wichtigkeit die funktentechnischen Einrichtungen zur Ortsbestimmung waren. Das Schiff kam bei seiner Fahrt nach Amerika verschiedentlich in sehr schwere Stürme, die die Geschwindigkeit so verzögerten, daß der Betriebsstoff beinahe nicht ausgereicht hätte. Als das Schiff über dem amerikanischen Kontinent in Mincola ankam, sprang der Major Breitbard mit dem Fallschirm ab, um die Mannschaften, von deren so gemäßigtem Verhalten beim Landen viel abhängt, zu dirigieren.

Über den Flug England-Australien berichtet Sir Ross Smith, einer der preisgekrönten Teilnehmer dieser gigantischen

Mitteldeutschlands empfohlenen Parole hinaus“ gegangen seien. Jeder, der die blutrünstigen Aufrufe der „Roten Fahne“ in Erinnerung hat, kann nur mit Levi einen Ekel über die Feigheit empfinden, die die kommunistische Zentrale nachträglich an den Tag legt. Nachdem die „politischen Rindstöpfe“ das Unheil angerichtet, jammern sie heute über den „weißen Schrecken“.

Auf jeden Fall sind die Auseinandersetzungen in der „Beruneinigten KPD.“ jetzt schon derart zugespitzt, daß es unmöglich erscheint, dieses Sammelurium von revolutionären Spießbürgern noch lange beieinander zu halten. Von Levis Broschüre wird heute bereits die zweite Auflage angekündigt. Sie unterscheidet sich von der ersten nur durch den Preis, der von 2 auf 5 M. hinaufgesetzt ist. Sie bietet also ein gutes Geschäft!

Aus der Sitzung des Kommunistischen Zentralschiffes weiß übrigens die „Freiheit“ mitzuteilen, daß der Antrag, den Osterputsch zu verurteilen, von Klara Zetkin gestellt war. Für ihn stimmten außer der Antragstellerin Fries-Röhl, Sievers-Neukölln, Böttge-Bernburg, Fiebler-Halle und Anna Geyer. In dem Antrag heißt es, die Aktion sei ohne Fühlung mit den breiten Massen, ohne konkrete Ziele, ohne gewissenhafte Vorbereitung begonnen worden und sei daher zu einem Kampf der Partei gegen proletarische Massen geworden. Sie habe die KPD. zu einem „Popanz für gegenrevolutionäre Verbrecher“ gemacht. Von der „Roten Fahne“ wird in dem Antrag gesagt, sie habe kritiklos in den Putsch getrieben und nach der Niederlage kleinlaut und ohne Stolz abgeblasen.

„Vollständig unschädlich!“

In der „Roten Fahne“ werden wieder einmal zwei Polizeispiegel entlarvt, die innerhalb der kommunistischen Partei eine Rolle spielen. Von dem einen heißt es wörtlich:

„Wir warnen alle Genossen, mit ihm in Verbindung zu treten oder ihm Vertrauen zu schenken. Wo er auftaucht, müssen ihm Ausweispapiere, die er sich von der Partei erschlichen hat, sofort abgenommen werden. Es muß alles getan werden, ihn vollständig unschädlich zu machen.“

Jenes Gezücht der Spiegel, das sich in Parteien eindringt, um zu horchen, zu berichten und unter Umständen zu „besonderen Taten“ anzureizen, ist wirklich nicht geeignet, bei irgend jemand Sympathie zu erwecken. Die Sozialdemokratie hat mit ihm in jahrzehntelangem Kampfe gezeugt und hat heute weniger Ursache denn je, seine Tätigkeit zu billigen, auch wenn sie sich gegen die Kommunisten richtet. Aber es muß doch ausgesprochen werden, daß die von Moskau angeordnete illegale Tätigkeit der Kommunisten die Ehrenmänner geradezu anlocken muß, ohne daß sie dazu von irgendeiner Stelle besonderen Auftrag erhielten.

Daß die Partei diese Herrschaften latet, wenn sie sie ertappt, und ihnen erschickene Ausweispapiere abnimmt, ist selbstverständlich. Aber nach den Erfahrungen, die seinerzeit an dem Spiegel Blau gemacht worden sind, muß der Satz, daß man den Spiegel „vollständig unschädlich“ machen soll, geradezu aufgefächert werden als eine Aufforderung, ihn nach Art des Blau verschwinden zu lassen! Die Bakunisten, die sich immer noch Kommunisten nennen, haben so offen und so oft zu blutiger Gewalttat aufgefordert, daß man ihnen auch zutrauen darf, den Mord an Spiegeln zu empfehlen. Sie selbst wollen ja, um in ihrer Sprache zu reden, „fern von Madrid“!

Erzwungene Trauer.

Uns wird geschrieben:

In vielen Schulen geht der Monarchismus wieder unverbürgt um. Natürlich am schlimmsten in den höheren, wo die gesellschaftliche Herkunft in vielen Schulklassen eine Mehrheit von Kindern schafft, die monarchistisch zwischern, wie ihre Eltern sungen. Ein Beispiel für viele: In der Chamissostraße in Berlin-Schöneberg hat der Schülerinnenausschuß auf Vorschlag seiner Protetktorin, der deutschnationalen Oberlehrerin Stein, beschloßen, für einen Kaiserinnenkranz in allen Klassen zusammen (wer sich ausschließt, hat keinen „Gemeinschaftsgeist“),

der stellvertretende Direktor hat die Abschiedsfeier für den in Pension gehenden (deutschnationalen) Direktor wegen des Todesfalles aufgeschoben, er ging durch die Klassen und teilte mit, daß wegen des Todesfalles ein angefertigter befehlender Vortrag ausfalle, die Lehrerinnen der Anstalt tragen alle offiziell Trauer und — die Schule wird eine offiziell-offizielle Trauerfeier veranstalten!

Minister Haenisch hat im Januar erst in einer Verfügung solche Dinge strikte untersagt. Dürfen Kinder republikanischer Eltern trotzdem immer weiter monarchisch drangsalieren werden?

Die Entente gegen Gewerkschaften.

Au Duisburg wird uns geschrieben:

Als die Ententetruppen Duisburg besetzten, erklärte der Oberkommandierende, daß er die Arbeiterchaft in keiner Weise in ihrer Bewegungsfreiheit hemmen wolle. In dem Aufruf wurde der Satz geprägt, daß die Besetzung nicht gegen die Bevölkerung gerichtet sei und daß man besonders der Arbeiterchaft die wirtschaftliche Freiheit bringen wolle. Wie diese wirtschaftliche Freiheit aussieht, geht aus folgendem hervor: Die Duisburger Polizeiverwaltung hat von der Besatzungsbehörde den Befehl erhalten, auf dem schnellsten Wege nachstehenden Fragebogen von den Gewerkschaften auszufüllen zu lassen:

1. Bezeichnung der Organisation (Ortsgruppe).
2. Bezeichnung und Sitz des Zentralverbandes.
3. Anzahl der Mitglieder zu 1.
4. Name und Wohnung zu 1. a) des Vorsitzenden, b) des stellvertretenden Vorsitzenden, c) des Schriftführers, d) des Kassierers.
5. Sitz des Bureaus (Telephon Nr.).
6. Politische Richtung der Organisation (wenn nicht politisch, dann soziale Richtung).
7. Zeitpunkt der Gründung.
8. Welche Beiträge werden erhoben (wöchentl., monatl. wieviel?)
9. Welche anerkannte Unterstützung genießt der Verband?
10. Welches sind die Führer der Organisation, d. h. die tätigen und einflussreichsten Mitglieder?
11. Anzahl der Streiks seit dem 1. 1. 20 bis 1. 4. 21: a) rein politischer Art, b) rein wirtschaftlicher Art, c) politisch-wirtschaftlicher Art.
12. Welche Verbindung besteht mit anderen Verbänden?

Die Gewerkschaften werden, da nach den deutschen Gesetzen eine gesetzliche Grundlage für die Beantwortung des Fragebogens nicht gegeben ist, die Ausfüllung des Fragebogens ablehnen, selbst dann, wenn der Besatzungsbehörde einfallen sollte, schärfere Mittel anzuwenden. Die Duisburger Polizeibehörde scheint sich allerdings von der Besatzungsbehörde haben einschüchtern lassen, denn sie hat den Gewerkschaften, die ihr erklärten, daß sie den Bogen nicht auszufüllen würden, geantwortet, dann müßten die Gewerkschaften auch die Konsequenzen tragen!

Erzberger redet wieder.

M.-Glabach, 15. April. (DZ.) Der frühere Reichsfinanzminister Erzberger hielt am Donnerstag, den 14. April, in einer von vielen Tausenden besuchten Volksversammlung eine Rede über das Thema: „Der christliche Sozialismus als Weltprinzip“. Es war seit mehreren Jahren das erste Mal, daß Erzberger wieder im Rheinland als Redner aufgetreten ist. Die Veranstaltung gestaltete sich zu einer großen politischen Kundgebung und nicht zuletzt zu einer bedeutsamen Demonstration für Erzberger. Erzberger kam auch auf die Londoner Konferenz zu sprechen, deren Scheitern er als tief bedauerlich bezeichnete. Es sei falsch gewesen, überhaupt einen Gegen-vorschlag von deutscher Seite anzustellen, noch mehr falsch aber, dies in der vollkommen unzulänglichen und unpsychologischen Weise zu tun, wie es geschehen ist.

Die Gegner können ihre Kriegsschäden berechnen und danach eine Forderung auf 42 Jahre aufstellen. Aber kein Volk der Welt kann sagen, wie groß seine Leistungsfähigkeit in 30 oder 42 Jahren sein wird. Man kann nur sagen und mußte nur sagen, daß in 42 Jahren die geforderten 226 Milliarden nicht aufzubringen waren. Deutschland braucht nicht kurze, sondern lange Zahlungsfrist, und hier scheint auch der Weg zur Verständigung zu liegen.

Fallschirmkonstruktionen von Jean Ors und Guerdon 2000 Wsprünge ohne jeden Unfall durchgeführt seien.

Das Eintrittsgeld der Museen. Die erste Woche, in der überall in den Berliner Museen Eintrittsgeld erhoben wird, ergab in den Museen ohne die Nationalgalerie und das Kronprinzenpalais eine Gesamteinnahme von 12 200 Mark. Es fehlt nun auch noch das Schloßmuseum, das nach seiner für den Mai erwarteten Eröffnung gewiß besonders hohe Einnahmen abwerfen wird. Die Gesamteinnahme aus allen Berliner Sammlungen dürfte demnach auf etwa 1 bis 1 1/2 Millionen zu schätzen sein. Wie wir hören, schweben Erwägungen, nicht nur in der Nationalgalerie, wo das schon jetzt der Fall ist, sondern auch in den anderen Museen, einen zweiten Wochentag ganz für den Eintritt freizugeben. Die Führungen an Jahrtagen kosten jetzt 1 M. inkl. Eintrittsgeld (das sonst 2 M. oder am Reinigungstag 5 M. beträgt); die Führungen für die arbeitende Bevölkerung, für Volkshochschulen usw., soweit sie bisher an Sonntagen besonders in den ersten Morgenstunden stattfanden, sind unentgeltlich. Bei Führungen für Schüler und Schülerinnen unter 16 Jahren werden an Jahrtagen 50 Pf. erhoben. Für Studierende, Künstler, Kunstgelehrte und andere besondere Interessenten gibt die Generalverwaltung Semesterkarten für 10 M. aus, entsprechend den Benutzungsarten der Bibliotheken und den Seminararten der wissenschaftlichen Institute.

Einstein findet in Amerika, der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ zufolge, einen heftigen Gegner in Prof. Arvid Reuter, dem Dekan des Ingenieur-College in Minneapolis. Dieser hat Einstein, den er als den Barnum der wissenschaftlichen Welt apostrophiert, zu einer schriftlichen Diskussion über die Relativitätstheorie herausgefordert. Er behauptet, Einstein halte die Gelehrten mit seiner Theorie nur zum Narren und sei sogar ein Plagiator. Ein Gelehrter habe die Theorie schon 1866 unter dem Pseudonym „Inertia“ veröffentlicht.

Bunzlau großer Topf. Die schlesische Topferstadt Bunzlau, die Stadt des „guten Tonens“, hat als Wahrzeichen einen riesigen Topf, der nicht nur als Doppelter Manneshöhe, der ihr Wahrzeichen ist und im Museum der Stadt steht. Wie in „Ueber Land und Meer“ erzählt wird, hat ein Topfergeselle Topf im Jahre 1753 diesen Topf angefertigt. Er bemerkt sich um die Hand der Tochter seines Meisters, aber dieser stellte ihm die Aufgabe, er solle einen Topf schaffen, der 30 Scheffel Erbsen messe. Der Geselle führte diesen Auftrag glücklich aus und erhielt nun die Hand der Meisterstochter.

Vorträge. Rudolf Sattinger (auf a. b. Volkshaus) (brüht) am 21. April, 7 1/2 Uhr, im Reiterhof, Adhener Str. 88, Dichtungen von Detmann Claudius, unter geistlicher Mitwirkung von Margarete Lehner, Oscar Ludwig Brandt und Maxarville Brandt-Jacoby lesen Arbeiten von Albert Ludlow (Passion) und Kurti Koch. Karten in der Barmerstraße 4 b a b l i n g, Lindenstr. 2, und an der Abendkasse. — Am Freitag, den 22. April, wird in der Buchhandlung Albrecht Bau, Spichernstr. 7, abends 8 Uhr, Max Kahlenberg, Schloßpark, Grillingmeyer, „Dennis und Abonit“ in einer Verdeutschung vortragen.

Die Streiklage in England.

Neues Angebot der Bergwerksbesitzer.

London, 15. April. (W.B.) Die Bergwerksbesitzer haben die Vertreter der Bergleute zu einer Konferenz eingeladen, in der die Löhne der am niedrigsten bezahlten Bergleute besprochen werden sollen.

London, 15. April. (Reuter.) Gestern früh verlautete, daß als Ergebnis der entschiedenen Bemühungen, die Verhandlungen wieder zu eröffnen, sich eine Abordnung von 10 Mitgliedern des Parlaments um Mitternacht zu Lloyd George nach Downing Street begab. Als die Mitglieder die Versammlung, die 50 Minuten dauerte, verließen, lehnten sie es ab, Erklärungen zu geben; aber einige trugen sichtbare Zeichen des Vertrauens zur Schau.

London, 15. April. (Reuter.) Die Unterredung zwischen den Bergwerksbesitzern und Lloyd George in Downing Street von gestern abend, auf die ein Angebot an die Bergleute folgte, ließ das Gefühl aufkommen, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Wie man erfährt, richtete Hodges eine Ansprache an die Anwesenden und erklärte, daß die Bergleute bereit seien, die Lohnangebote der Bergwerksbesitzer in Erwägung zu ziehen, sofern sie auf allgemeiner, nicht örtlicher Grundlage erfolgten. Diese neue Entwicklung ermächtigt zu der Hoffnung, die Verhandlungen würden wieder eröffnet werden, aber man befürchtet, daß sie zu spät kommen werden, um den Ausbruch des Streiks noch zu verhindern.

Eine Rede Lloyd Georges.

London, 15. April. (W.B.) Auf der gestrigen ergebnislos verlaufenen Konferenz zwischen Lloyd George und den Führern der Eisenbahner und Transportarbeiter, auf der der Arbeiterführer Thomas erklärte, er sehe keine Hoffnung für eine Regelung, sagte Lloyd George, die Frage der Wiedererrichtung der Staatskontrolle über die Kohlenindustrie müsse durch politische Aktion und nicht durch Streik geregelt werden. Das Parlament dürfe nicht durch die Drohung einer Lahmlegung des gesamten Lebens des Staates eingeschüchtern werden. Lloyd George fragte: Angenommen, ihr könntet den Staat aushungern, was hättet ihr dann davon? Es besteht nur ein Weg, um eure Verstaatlichungen durchzuführen, ihr müßt die Frage der Nation unterbreiten. Aushungern ist nicht eure einzige Waffe. Ihr habt genau dieselben Waffen, die ihr früher gehabt habt, die Waffen der Ueberzeugung, der Ueberredung, der Beweisführung und der Vernunft. Ihr könnt es der Nation überlassen, zu entscheiden, Ihr habt euren Plan, wir haben unsern. Legt ihn der Nation vor, wir werden gleichfalls unsern der Nation unterbreiten.

Wenn die Nation entscheidet, daß euer Plan der richtige ist, warum wollt ihr dann euer Volk aushungern, um etwas zu erreichen, was ihr durch Vernunft erreichen könnt, wenn die Vernunft auf eurer Seite ist? Wenn die Vernunft nicht auf eurer Seite ist, warum wollt ihr dann die Nation durchs zwingen, sich der Unerbittlichkeit zu ergeben?

Die große Mehrheit des Volkes, an das ihr appelliert, sind Arbeiter. Wenn die Arbeiter gegen uns sind, dann haben wir keine Aussichten. Ich glaube, zwei Drittel der Wähler dieses Landes bestehen aus Arbeitern und ihren Frauen. Wenn die Arbeiter dieses Landes zugunsten eures Rationalisierungsplanes sind, dann besteht nichts, was ihn aufhalten kann, aber ihr müßt sie überzeugen. Ihr müßt sie dazu überreden, daß die Verstaatlichung das richtige in ihrem Interesse ist. Wir würden sagen, es ist nicht in ihrem Interesse. Wir würden sagen: Es wird ihnen Schaden zufügen. Ihr werdet sagen: Es wird ihnen Vorteil bringen. Das ist eine Streitfrage, die den Arbeitern dieses Landes gerechterweise unterbreitet werden muß.

Tschechoslowakei für Sanktionen?

Prag, 15. April. (W.B.) Im Abgeordnetenhaus-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Minister Dr. Benesch, daß in der Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den "Sanktionen" gegenüber Deutschland sowohl die politischen wie die wirtschaftlichen Interessen der Republik gewahrt werden müßten, und daß daher die Frage vom Standpunkt des staatlichen Gesamtinteresses entschieden werden müsse. Die Regierung prüfe in diesem Sinne die Angelegenheit und werde sie, sobald sie zur Entscheidung reif sei, der Entscheidung des Parlaments vorlegen. Die Ausführungen des Ministers wurden zur Kenntnis genommen. Ein Antrag des Abgeordneten Kosta, den Minister aufzufordern, die Teilnahme an den "Sanktionen" abzulehnen, wurde mit zwölf gegen sieben Stimmen der Deutschen und der Kommunisten abgelehnt.

Groß-Berlin

Schützt unsere Gärten!

Der Beginn der Vegetation lockt wieder die Rücksichtslosen auf den Plan, die in jeder öffentlichen Anlage Freiland für Baum- und Blütenpflanzungen sehen. Der Betriebsrat der städtischen Parkverwaltung wendet sich in den folgenden Ausführungen gegen die Saboteure des Gemeinwohls:

Anfolge der teuren Verkehrsverhältnisse ist es besonders den streitenden Arbeiterfamilien sowie alten und kranken Leuten nicht möglich, außerhalb Berlins in der freien Natur Erholung zu suchen, deshalb bleiben für diese die noch in der Peripherie der Stadt liegenden Anlagen die alleinigen Erholungsstätten. Empörend ist es daher, wie in rücksichtsloser Weise Zweige und Blüten abgegriffen, Grünflächen trotz Einbeidung als Wege benutzt, Pflanzen und andere Gewächse entwendet, den Vögeln nachgestellt, die aufgestellten Papierkörbe aus Bequemlichkeit völlig übersehen werden. Abgesehen von dem finanziellen Schaden, den die Stadt bzw. die Allgemeinheit dadurch erleidet, zeugt es von wenig Verständnis für die Mitmenschen. Die Wächter, welche im Interesse der Allgemeinheit diesem Treiben steuern, werden häufig von Personen aus dem Publikum hieran gehindert, leider sogar auf die schmutzigste Art beschimpft.

Stern und Vöhrer! An Euch richten wir die dringende Bitte, die Schuljugend immer wieder darauf aufmerksam zu machen, wieviel der eine durch Unbedacht des anderen verliert. Volksgenossen, untersucht die Fortwärtler in ihrer Lässigkeit, helft den Wächtern, wie er auf den vielen Tafeln zu lesen ist, in die Tat umzusetzen, zum Wohl der Berliner Einwohnerschaft.

Im Anschluß hieran bitten und ersuchen wir die Parteien sowie die Einwohnerschaft Berlins dahin zu wirken, daß durch die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel, die noch bestehenden Anlagen und Grünflächen dem Publikum erhalten bleiben. Wir erinnern daran, daß im vergangenen Jahre eine Reihe von größeren Plätzen, besonders im Norden und Osten Berlins, dem Verfall preisgegeben werden mußten, bei weiterer Einschränkung müßten dann die größeren Parks einbezogen werden. Hierdurch würde nicht nur das äußere Bild der Stadt leiden, sondern vor allem könnte die wertvolle Bevölkerung nach gelagerter Tagesarbeit die nötige Erholung nicht mehr finden, was nicht ohne nachteilige Folgen auf den Gesundheitszustand der Berliner Bevölkerung bleiben dürfte.

Protest gegen die Eisenbahnverteuerung.

Heute vormittag hat in der Eisenbahndirektion eine Besprechung zwischen Vertretern der Eisenbahndirektion Berlin und solchen des märkischen Verkehrsverbandes (Verein Berliner Vororte) begonnen, der auch Delegierte anderer Verkehrsverbände sowie einzelner Gemeinden beizwohnten. Neben der Besprechung des Sommerfahrplans suchten die Vorortvertreter die Eisenbahnbehörde davon zu überzeugen, daß ihre neueste "Reform" eine geradezu katastrophale Wirkung auf das Groß-Berliner Siedlungsweesen ausüben müßte. Besonders die Verteuerung der Sonntagsfahrkarte würde gerade im Juni in Anbetracht der in dieser Zeit in ihren Siedlerkolonien wohnenden Arbeiter, Beamten und Angestellten eine Flucht vom Lande nach Berlin zur Folge haben. Durch die teure Sonntagsfahrkarte würde das Wohnen in den Vororten bis zu 100 Proz. kostspieliger werden, als es in Berlin selbst ist. Die langsam wiedererwachende Bautätigkeit in den entlegenen Vororten würde im Keime erstickt werden. Die Einziehung der Sonntagsnebenkarte sei schon eine große Belastung für weite Kreise der Vorortbewohner. Besonders ungünstig lägen die Verhältnisse auf der Strecke Berlin-Briegen und der Remindendorf-Liebenwalder Bahn, wo nach nicht einmal der Vororttarif bestünde, beziehungsweise die vierte Wagenklasse fehle.

Bis zur Stunde hat diese Besprechung ein positives Ergebnis nicht gehabt. Es ist lediglich in Aussicht gestellt, daß die billigere Sonntagsfahrkarte wieder eingeführt werde. Damit allein ist aber den Vorortbewohnern nicht geholfen.

Nicht los von Berlin.

In den letzten Tagen haben unsere Genossen eine lebhafteste Gegenpropaganda entfaltet, um den reaktionären Interessenspolitikern zu zeigen, daß doch nicht alle Bewohner des westlichen Berlins der Meinung sind: "Los von Berlin." In Sieglitz fand gestern im Gymnasium Heefestraße eine von allen Schichten der Bevölkerung stark besuchte öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit dem Thema "Los von Berlin" beschäftigte. Genosse Studenrai Dr. Ostrowski beleuchtete in eingehender Weise die kommunalpolitischen Verhältnisse von früher und von heute. Seine Ausführungen klangen aus in dem Ruf: nicht los von Berlin, sondern Ausbau der neuen Einheitsgemeinde zu einem wirklichen ausgesprochenen demokratischen Staatsgebilde. Nach kurzer Aussprache wurde eine Resolution angenommen, die als Willenskundgebung der Versammlung zum Ausdruck bringt, daß eine erneute Zerstückelung Berlins ein kommunales Zergerbe ergehen müßte. Die Versammlung stellt sich deshalb mit aller Entschiedenheit auf den Boden der Einheitsgemeinde und verurteilt mit ebenso großer Entschiedenheit die Bestrebungen, die in letzter Zeit von deutschnationaler und deutsch-völkischer Seite in die Wege geleitet werden, um den Wirtschaftskörper Berlin wieder zu zerreißen. Die Versammlung verkennt nicht, daß der Bevölkerung der westlichen Bezirke durch die Eingemeindung gewisse Opfer auferlegt worden sind, sie ist jedoch gern bereit, diese Opfer im Interesse des Volksganzen zu tragen. Die Versammlung richtet an alle weitschauenden und wahrhaft demokratischen Vertreter im preussischen Landtage das dringende Ersuchen, sich mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen zu wenden, die darauf gerichtet sind, die neue Einheitsgemeinde Berlin zu zerstören.

Eine aussichtslose Aktion.

Der Mieterstreik, in den der Berliner Mieterverband durch kommunistische Drahtzieher am 1. April hineingedrängt werden sollte, hat ganz geringe Beteiligung gefunden. Aber die Streikleitung will natürlich nicht gelten lassen, daß die Aktion mißlungen ist, und kündigt großsprecherisch für den 1. Mai eine Fortsetzung und Steigerung an. Heute kann wohl niemand mehr darüber im Zweifel sein, daß der für den 1. April inszenierte Mieterstreik zur Unterstützung des kommunistischen Märzputsches dienen sollte. Hätte die Sache in Mitteldeutschland geklappt und der Putsch von da aus weiter um sich gegriffen, so wäre für Berlin ein am 1. April einsetzender allgemeiner Mieterstreik gerade zur rechten Zeit gekommen, hier die "Stimmung" zu erhöhen. Nachdem der Putsch mißlungen ist, soll die Fortsetzung der Agitation für den Mieterstreik die Mißläufer beisammen halten. Wir zweifeln nicht, daß die Bemühungen, das verglimmende Feuerchen des Mieterstreiks anzubläuen, nur zu einem neuen Mißerfolg führen werden. Wenn dann die Folgen der verunglückten Aktion mit ganzer Wucht auf die irreführten Mieter fallen, dann werden die Wacher jede Verantwortung ablehnen und im übrigen die Not ihrer Opfer als neuen Agitationsstoff ausnützen. Gegen hausagrarische Begehrlichkeit und Profitgier müssen die Mieter geschützt werden, aber der Mieterstreik ist da wirklich kein geeignetes Mittel des Schutzes.

Die gefährliche Schweinmünder Strafe.

Im Interesse der Arbeiterkinder, die ihre Kinder nicht auf Schritt und Tritt beaufsichtigen können, werden wir aus Ferkeln auf folgendes hingewiesen: Vor kurzem wurde der vierjährige Sohn der Arbeiterbeleute A. aus der Schweinmünder Straße 18 vor dem genannten Hause von der Straßenbahn überfahren. Der Kleine, dem ein Bein alalt abgefahren war, starb nach kurzer Zeit. Ohne die Schuldfrage in diesem behauerlichen Fall auch nur zu streifen, möchte ich die Öffentlichkeit auf die Unfälle einzelner Wagenfahrer der Straßenbahn aufmerksam machen, die gewohnheitsmäßig ihren Wagen die etwas abfallende Straße von der Haltestelle am Aronaviab bis zur Bernauer Straße in schnellstem Tempo dahinjaulen lassen. Es haben sich auch schon Unfälle auf dieser Straße ereignet, denen selbst erwachsene Personen zum Opfer gefallen sind. Auch Zusammenstöße mit anderen Fuhrwerken an der Kreuzung der Reinshberger Straße wurden schon beobachtet. Es ersieht daher dringend notwendig, die Straßenbahner darauf aufmerksam zu machen, diese von Kindern belebten Straßenzone etwas rücksichtsvoller zu durchfahren. Nicht alle Wagenfahrer fahren in dieser unanständigen Weise drauf los. Diejenigen von ihnen aber, die diese Leichtfertigkeit aufbringen, sollten von ihren einsichtigeren Kollegen zur Reue gebracht werden.

Der Anschlag auf "Unterpree". Jetzt hat auch der Anschlag auf das Elektrizitätswerk "Unterpree" in Spandau-Kuhleben, das die Hochbahn mit Licht und Kraft versorgt, seine Aufklärung gefunden. Die Täter konnten von der Berliner Postzeit ermittelt und verhaftet werden und sind zum größten Teil geflüchtet. Auch sie werden sich schon in den nächsten Tagen vor dem Sondergericht zu verantworten haben.

"Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Achtung, Steingrüner! Der Amtsratverband der Kleinrentner Deutschlands, Hauptverband Groß-Berlin, SO 16, Köpenicker Str. 32a, macht darauf aufmerksam, daß ein 26 bis 28 Jahre alter Schwinnler verhaftet, Landenskolonnen, die im Begriff sind, auf dieser Straße zu bauen, um Geldbeträge zu pressen. Er erkundigt sich unter Beilegung von solchen Namen (Neben oder Sirenet) auf den Landenskolonnen nach Name und Wohnung der betreffenden Kolonnen, die hauen wollen, schwebelst nur, daß er größerer Vorken von Vertretern befragen kann und läßt dann die Frauen in der Wohnung auf. Er gibt an, im Auftrag des Mannes zu kommen, um für bestimmte Vertreter den Betrag abzuholen, was ihm in mehreren Fällen geglückt ist.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Berliner Buchdrucker.

Ueber gewerkschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen referierte der Verbandsvorsitzende Josef Sey in einer Generalversammlung des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die unter zahlreicher Beteiligung am Donnerstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses tagte.

Sey schilderte zunächst die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands vor und nach dem Kriege und unter dem Einfluß des Druckes der Entente. Die Arbeiterschaft sei der leidtragende Teil. Nach dem völligen Zusammenbruch hätte vieles besser gemacht werden können, wenn sich nicht die Arbeiterschaft politisch zersplittert hätte. Diese Zersplitterung sei auch schuld daran, daß jetzt die Unternehmer schon wieder eine ganz andere Rolle spielen, was gleich nach dem Kriege. Die politische Zersplitterung habe auch auf die Gewerkschaften Einfluß gehabt. Die Stoßkraft der Gewerkschaftsbewegung war nicht mehr dieselbe wie vorher. Trotz ihrer großen Mitgliederzahl seien die freien Gewerkschaften nach Lage der Dinge nicht mal in der Lage, gleich den christlichen Gewerkschaften ein täglich erscheinendes allgemeines Gewerkschaftsblatt herauszugeben, weil man bei der politischen Zersplitterung der freigerichteten deutschen Arbeiterschaft nicht wisse, in welcher Richtung es geschrieben werden sollte.

Es werde oft betont, der Gewerkschaftsbund sei die einzige geschlossene Arbeitervertretung. Das treffe zu hinsichtlich der allgemeinen Arbeiterinteressen; es müsse aber gesagt werden, daß in wirtschaftspolitischen Fragen nicht immer diese Geschlossenheit vorliege. In solchen Fragen sei das Interesse einer Industriebranche nicht immer dem einer anderen gleich. Im übrigen hätten die Gewerkschaften nach der Revolution manches Wort mitgesprochen, vieles sei mit dem Werk der Gewerkschaftsführer und manches Schlimme hätten sie verhindert.

Redner besprach dann die Schritte, die der Gewerkschaftsbund in der Arbeitslosenfrage getan hat und weiter tut. Er betonte, daß der Gewerkschaftsbund das Möglichste getan habe, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Arbeitslosen zu nähern. Auch das Wirken des Gewerkschaftsbundes in Bezug auf den Preisabbau und andere Fragen, z. B. die der Sozialisierung des Bergbaues, schilderte Redner, um sich dann der viel umstrittenen Frage der Arbeitsgemeinschaften zuzuwenden. Seiner Meinung nach dürften sie nur ein Mittel zum Zweck sein. Man dürfe nur solange in ihnen mitwirken, solange dort Arbeiterinteressen vertreten und gefördert werden könnten. Ein Verdienst der Arbeitsgemeinschaft sei es gewesen, daß die Demobilisierung sich in einigermaßen geordneten Bahnen vollzogen habe. Die Regierung, die Militärbehörde hätte sich als völlig unfähig für die Dinge erwiesen. Auch darauf sei zu verweisen, daß der Achtstundentag ein Werk der Arbeitsgemeinschaft sei. Die Regierung sei erst später damit gekommen. Und wenn man jetzt regelmäßig zusammentomme, dann werde durch die Aussprache noch manche Klärung herbeigeführt. Aber Selbstzweck dürfe die Arbeitsgemeinschaft niemals werden. Wenn sich dafür etwas ergebe, dann müßte sie befeitigt werden und der Gewerkschaftsbund müßte dann andere Mittel suchen.

Am den Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion.

Raffini teilte mit, daß der Tarifsausschuß zugestimmt habe, daß die bestehende Wirtschaftshilfe bis zum 31. Juli bestehen bleibt. Ferner hat er dem zugestimmt, daß Anfang Mai sich eine Sitzung des Tarifsausschusses mit den Vorkalzulagen beschäftigen soll. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Kommunistenniederlage bei den Malern.

Der Verband der Maler (Filkale Berlin) tagte am Donnerstag in den Musikerkälen, um die am 4. d. M. nicht beendete Generalversammlung fortzusetzen. 1. Punkt der Tagesordnung war: Ausfertigung der Kandidaten für die Delegiertenwahl zum Verbandstag in Frankfurt a. M. Die Wahl wurde mittels Stimmzettel vollzogen. Gewählt wurden: Böher, Drendel, Köh, Blum, Schiemann, Koifer, Ehrhardt, Trenner, Ronke, Siemer, Hammer, Kupke, Blüthgen, Sellheim, Schindler, Gehre, Friebe und Seifert.

Hierauf wurde zur Wahl des örtlichen Vorstandes geschritten. Es lagen hierzu zwei Listen, eine von der KPD, die andere von den Vertrauensleuten der USPD und SPD. vor. Die Aussprache über die vorgeschlagenen Listen gestaltete sich zu einer sehr lärmenden und erregten und nahm den größten Teil des Abends in Anspruch. Als Resultat ergab sich, daß für die kommunistische Liste 151, für die USPD. und die SPD. Liste 378 Stimmen abgegeben waren. Somit hatte die Versammlung sich mit überwältigender Mehrheit gegen die kommunistische Liste entschieden.

Ein kommunistischer Antrag, den Moskauer Kongreß zu beschicken, wurde ebenfalls, und zwar mit 329 gegen 165 Stimmen abgelehnt.

Böher machte dann davon Mitteilung, daß Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden haben, eine Verbesserung der Lohnverhältnisse zu erzielen. Da eine Einigung nicht zustande kam, entschied das angerufene Reichsarbeitsministerium, daß, wenn keine Einigung zwischen den Parteien innerhalb der Bau- und Landesverbände bis zum 25. April erfolge, am 26. erneut vor dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden solle und eventuell letzten Endes am 27. das Hauptamt bei einer Beilegung mit drei Unparteilichen entscheiden werde.

Ein kommunistischer Redner befürwortete schließlich noch die Forderungen des bekannten "Offenen Briefes". Ihm wurde erwidert, daß keine Veranlassung dazu vorliege, diesen Reklamé zu betreiben. — Hierauf wurde der geschrittene Teil wegen der Versammlung vertagt.

Graphische Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen!

Im letzten "Mitteilungsblatt" veröffentlicht die KPD-Fraktion im graphischen Hilfsarbeiterverband einen Aufruf: "Warum muß die graphische Hilfsarbeiterchaft zur Ortsverwaltung die Liste Kraas wählen?" In diesem Aufruf man den ganzen Streikpunkt auf ein anderes Geis zu schieben. Die Herrschaften behaupten dort led und kühn, weil sie Gegner des Reichstags seien, sollen sie befeitigt werden. Dies ist glatter Schwundel. Die KPD. hat in ihren Leitfäden festgelegt, daß mit allen Mitteln die Gewerkschaften zerstört werden sollen. Die Mitglieder der KPD. müssen nach Moskauer Diktat die deutschen Gewerkschaften zerstören.

Kolleginnen und Kollegen! In 30jähriger mühevoller Arbeit haben wir unter großen Opfern unsere Organisation aufgebaut. Wollt ihr nun diese Organisation durch ein Rückwärtsgang zerstören lassen? Wollt ihr nach der Moskauer Pfeife tanzen? Wollt ihr dadurch euer Mitbestimmungsrecht aufgeben?

Wenn ihr das nicht wollt, dann müßt ihr am Sonntag, den 17. April, geschlossen zur Wahl erscheinen und die

Liste Bloth-Grohmann

wählen. Keine Stimme den Moskautern. Aktionsausschuß (Nichtung Amsterdam).

SPD-Delegierte zur Generalversammlung der Metallarbeiter. Sonnabend, 6 Uhr, Fraunhoferstraße 23, Fraunhoferstraße.

Verantw. für den Inhalt: Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Anzeigen: 23. Friedr. Berlin; Verlag: Bernhardt Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Bernhardt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

